

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL DES STADTRATES VON OLTEN

Vom 7. Dezember 2020

Petition für ein Engagement unserer Gemeinde zur Aufnahme von Geflüchteten aus den Lagern auf den griechischen Inseln/Beantwortung

Am 27. November 2020 ist folgendes von Bruno Bollhalder, Olten, unterzeichnetes Petitionsschreiben auf einem Formular des in Basel beheimateten Europäischen BürgerInnen Forums (EBF) auf der Stadtkanzlei eingegangen:

«Die Situation in den Lagern auf den griechischen Inseln ist menschenunwürdig

In der Nacht vom 8. auf den 9. September 2020 zerstörte ein Grossbrand das Flüchtlingslager von Moria auf der griechischen Insel Lesbos. Mit einem Schlag waren alle 12'000 Menschen obdachlos und irrten auf den Strassen umher. Nach der bereits unmenschlichen Situation im Lager war es jetzt zur humanitären Katastrophe gekommen. In der Folge erklärten sich einzelne EU-Länder und die Schweiz bereit, insgesamt ein paar hundert Personen aufzunehmen. Diese minimale Anzahl ist eine Schande! 8'000 von denjenigen Menschen, die vor dem Brand in Moria fliehen mussten, darunter viele Frauen und Kinder, harren jetzt in einem neuen, eilig errichteten Lager aus: ohne Wasserzufuhr und Abwassersystem, ohne Stromversorgung und Heizung. Andere sind nach wie vor auf der Strasse.

Eine breite Kampagne zur Aufnahme von Geflüchteten aus den Camps

50'000 Menschen in der ganzen Schweiz, die Landeskirchen und über 130 Organisationen haben den Osterappell der Kampagne von Amnesty International, Evakuieren JETZT und der Migrationscharte für die Evakuierung der Lager auf den griechischen Inseln unterstützt. Auch zahlreiche Politikerinnen und Politiker – über die Parteigrenzen hinweg – sind dabei. Die acht grössten Städte der Schweiz, Zürich, Bern, Basel-Stadt, Luzern, Winterthur, St. Gallen, Lausanne und Genf haben sich diesem Appell angeschlossen. Städte wie Fribourg, Neuchâtel und Will (SG) sind gefolgt, ebenso kleinere Gemeinden. Sie alle fordern die Bundesbehörden auf, mehr zu tun, und erklärten sich bereit, Geflüchtete von den griechischen Inseln in ihrer Gemeinde aufzunehmen. Denn trotz anderslautenden Äusserungen von Bundesrätin Karin Keller-Sutter existiert heute bereits die gesetzliche Grundlage für eine solche Aufnahmepraxis.

Die Gemeinden sind die Grundlage unserer Demokratie!

Die Hoffnung, dass der Bundesrat die offene Haltung dieser Städte zur Kenntnis nehmen würde, hat sich bis jetzt leider nicht erfüllt. Deshalb sollen noch möglichst viele von den über 2'000 Gemeinden in der ganzen Schweiz ihre Stimme erheben. Sie sind die Grundlage unserer Demokratie und müssen vom Bundesrat gehört werden.

Deshalb fordern wir, Bewohnerinnen und Bewohner der Gemeinde *Olten*, von unseren Gemeindebehörden:

- sich bereit zu erklären, Geflüchtete von den griechischen Inseln aufzunehmen,
- diesen Beschluss öffentlich zu kommunizieren und ihn an den Bundesrat weiterzuleiten.»

* * *

Der Stadtrat beantwortet die Petition wie folgt:

Das Anliegen der Petition wurde bereits an der Parlamentssitzung vom 24. September 2020 durch Parlamentsmitglied Corinna Bolliger aufgenommen: In einer Fraktionserklärung der Fraktion SP/JSP wendete sie sich mit dem Anliegen an den Stadtrat, dieser solle beim Kanton und notfalls auch beim Bund vorstellig werden und die Bereitschaft kundtun, mindestens weitere 20 Menschen in der Stadt Olten aufzunehmen: *«Vor uns haben dies schon acht weitere Städte in der Schweiz gemacht. Wir haben genug Platz und genug Geld dafür. (...) Folgen wir also den acht grössten Städten in der Schweiz und zeigen Bereitschaft, um diese Misere zu lindern und diesen Menschen unsere Hilfe anzubieten, denn das wäre die Solidarität, von der jetzt alle reden.»*

Der Stadtrat hat sich in der Folge am 13. Oktober 2020 in einem Brief in dieser Sache an Regierungsrätin Susanne Schaffner gewendet. Er hat darin betont, es sei ihm bewusst, dass es nicht in der Zuständigkeit einer Einzelgemeinde liege, Flüchtlinge in einem solchen Fall direkt aufzunehmen. Er signalisierte jedoch die Gesprächsbereitschaft des Oltner Stadtrates, falls es auf den Ebenen des Bundes und des Kantons diesbezüglich zu Entwicklungen kommt.

Das Departement des Innern hat mit Schreiben vom 22. Oktober 2020 das Angebot verdankt. Dass sich die Stadt Olten hier solidarisch zeige und engagieren möchte, sei sehr wichtig und unterstützend, betonte Regierungsrätin Susanne Schaffner. Wie richtig festgehalten worden sei, könne die Stadt Olten, wie auch andere Städte und Kantone, Flüchtlinge nicht direkt aufnehmen. Der Kanton sei sich der prekären Situation rund um die Flüchtlingslager auf den griechischen Inseln sowie der humanitären Verantwortung insbesondere gegenüber Minderjährigen durchaus bewusst. Sofern sich der Bund für die Aufnahme von weiteren Personen aus den Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln ausspreche, sei der Kanton nach wie vor bereit, bei der Unterbringung und Betreuung seine Unterstützung anzubieten. Dies stets unter Berücksichtigung der Familienzusammenführung und der Einhaltung des Verteilsystems im Rahmen der Neustrukturierung Asyl. Falls das Staatssekretariat für Migration SEM eine Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Flüchtlingslager Moria plane und hierbei auch eine Verteilung auf den Kanton Solothurn erfolge, werde dieser gerne die Stadt Olten kontaktieren, um ein Vorgehen zu besprechen.

An dieser Ausgangslage und am Angebot der Stadt Olten hat sich seither nichts geändert.

Stadtkanzlei Olten
Der Stadtschreiber:

